Grüne: Ausbildungsbetriebe bei Vergabe bevorzugen

DISKUSSION Ratsmehrheit lehnt Antrag ab – „Rechtliche Grundlage in Deutschland fehlt noch“

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sollten Ausbildungsbetriebe bevorzugt werden, so die Grünen. CDU- und SPD begrüßten den Antrag, zustimmen wollten sie (vorerst) nicht.

VON DORIS GROVE-MITTWEDE

EDEWECHT – Zum Schluss der jüngsten Edewechter Gemeinderatssitzung – der letzten vor der Sommerpause – gab es eine kontroverse Diskussion: Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen hatte vorgeschlagen, dass die Gemeinde Edewecht bei der Vergabe öffentlicher Aufträge Betriebe bevorzugen sollten, die Auszubildende beschäftigten. Trotz der guten Konjunktur so erläuterte Fraktionsvorsitzender Uwe Heiderich-Willmer, sei die Situation bei Ausbildungsstellen dramatisch. Nur 40 aller Schulabgänger fänden landesweit überhaupt einen Ausbildungsplatz 43 Prozent würden in (schulischen) Wartenschleifen landen, rund ein Drittel davon finde auch nach Jahren keine reguläre Ausbildung oder Beschäftigung. Ursache der Misere sei u.a. die mangelnde Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft. Die Ausbildungsplatzinitiative des Landkreises Ammerland zeige, dass auch viele Edewechter Jugendliche noch einen Ausbildungsplatz suchten. Die Gemeinde solle deshalb nach dem Vorbild anderer deutscher Städte Ausbildungsbetriebe bei öffentlichen Aufträgen bevorzugen.

Rolf Torkel, Allgemeiner Vertreterin der Edewechter Bürgermeisterin, erklärte, dass die Gemeinde die Rechtsanlage in dieser Angelegenheit geprüft habe. Aufgrund der Gesetzeslage der Europäischen Union könne eine Kommune Ausbildungsbetriebe bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen bevorzugen; dieses Recht sei jedoch noch nicht in deutsches Bundes- bzw. Landesrecht umgesetzt worden. Deshalb empfehle die Gemeindeverwaltung derzeit, dem Antrag der Grünen nicht zuzustimmen.

Drei Ratsmitglieder hatten für den Antrag gestimmt, zwei enthielten sich

SPD-Fraktionssprecher Dr. Hans Fittje und CDU-Fraktionssprecher Wolfgang Seeger wiesen darauf hin, dass ihre Fraktionen dem Antrag der Grünen grundsätzlich positiv gegenüberstünden und dass die Gemeinde Ausbildungsbetriebe stärker unterstützen solle. Aufgrund der unsicheren deutschen Rechtslage wolle man derzeit jedoch noch keinen Beschluss fassen. Sinnvoll sei es, so empfahlen beide der Grünen-Fraktion, sich über Bundes- und Landespolitiker für eine schnelle Umsetzung des EU-Rechts in deutsches Recht einzusetzen.

Uwe Heiderich-Willmer (Grüne) bat darum, dass die großen Ratsfraktionen doch ebenfalls ihre Bundes- und Landespolitiker bemühen sollten und wenn sie dem Antrag inhaltlich zustimmen könnten, ihn nicht abzulehnen.

UWG-Ratsherr Thomas Apitzsch sagte, dass auch er das Verhalten der großen Ratsfraktionen nicht nachvollziehen könne. Wenn alle Ratsmitglieder es richtig fänden, dass Ausbildungsbetriebe in der Gemeinde Edewecht bei der Vergabe von Aufträgen bevorzugt werden sollten, könne man über das Thema noch weiter in den politischen Gremien beraten. Am Ende wurde der Antrag der Grünen von der Ratsmehrheit bei drei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt.